

PRESSEMITTEILUNG

28. März 2011

Geringe Preiserhöhung – Große Wirkung

Der Rüthener Haushalt hat nunmehr eine Schieflage erreicht, die in den nächsten Jahren zu gravierenden Einschnitten bei vielen Leistungen und Angeboten der Stadt führen wird. In einem ersten Schritt werden die sogenannten Freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand kommen. Dies wird weniger von Rat und Verwaltung forciert, sondern insbesondere von Seiten der Kommunalaufsicht, die wegen des vorliegenden Nothaushalts ganz wesentlich über Rüthens Wohl und Wehe mitentscheidet. Bei gesetzesgetreuer Auslegung der geltenden Vorschriften nämlich müssten im Falle eines Nothaushalts die Freiwilligen Ausgaben eigentlich zur Gänze auf Null reduziert werden. Dieser Schritt hätte für Rüthen schwerwiegende Folgen und würde u. a. die sofortige Schließung des Biberbads bedeuten. Diese Situation möchten sicherlich alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verhindert wissen.

Wenn wir Rüthens Zukunft im Hinblick auf derartige Leistungen sichern wollen, gehört dazu jetzt auch die Diskussion und die inhaltliche Abstimmung mit dem Kreis bzw. mit der Rechts- und Kommunalaufsicht. Und es gehört ebenfalls dazu, dass wir da wo es möglich ist, Kosten reduzieren, um letztlich auch der Kommunalaufsicht einen klaren Hinweis zu geben, dass wir es mit der notwendigen Haushaltskonsolidierung ernst meinen.

Im Zusammenhang mit den Freiwilligen Leistungen des Biberbads führen Erhöhungen der Eintrittspreise lediglich zu einer Kostenkompensation von einigen tausend Euro. Es verbleiben dann weiterhin ungedeckte Kosten in Höhe von etwa 210.000 Euro. Dennoch - derartige Schritte gepaart mit den zu erwartenden Kostensenkungen durch die Anwendung unserer innovativen Heiztechnologie, können vielleicht schon in sehr kurzer Zeit die diesbezüglichen Freiwilligen Leistungen auf unter 200.000 Euro reduzieren. Und genau diese Vorgehensweise erwartet die Kommunalaufsicht von Kommunen, die sich ganz tief im Nothaushalt befinden. Und genau diese Vorgehensweise kann dazu führen, dass wir mit einer verhältnismäßig geringen Erhöhung der Eintrittspreise die Schließung des Freibads auch zukünftig verhindern können.

In diesem Zusammenhang möchten wir allerdings auch darauf verweisen, dass wir die bisher in der Presse dargestellte Eintrittspreiserhöhung nie so beantragt haben. Wir haben eine sozialverträgliche Preisanpassung gefordert, bei der vor allen Dingen die Eintrittspreise für Kinder weiterhin konstant geblieben wären.